

## Verlauf der GR-Sitzung vom 05. Juli 2006

Beginn der Sitzung: 19.35 Uhr

Zuhörer anwesend

Entschuldigt:

GR Werner Riegler (kommt um 19.50 Uhr) und GR Ing. Schelch (kommt um 20.17 Uhr)

Bgm. Pignitter begrüßt die anwesenden Gemeinderäte und die Bediensteten Amtsleiter Hrn. Mag. Marat, Protokollführer Hrn. Schreiner und Hrn. Boschak, stellt die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest und leitet die

**Fragestunde** nach § 54 Abs. 4 der Stmk. Gemeindeordnung ein  
(sämtliche Anfragen werden, falls nicht gesondert angeführt, an den Bgm. gerichtet).

1. Frage – 2.Vzbgm. Lang sagt, in der letzten GR-Sitzung wurde ein Bescheid bezüglich Wasserrecht an die Bildwand geworfen und siehe da – einen Tag später ist ein neuer Bescheid vom Bundesministerium über die wasserrechtlichen Belange gekommen. 2.Vzbgm. Lang fragt, ob dieser Bescheid genauso gezeigt werden könne.

- Der Bgm. sagt, er habe diesen nicht eingescannt und auch nicht hier. Außerdem sei man in der Fragestunde.

2.Vzbgm. Lang ersucht um Auskunft, was nun passiert.

- Bgm. Pignitter sagt, die Entscheidung sei an das Land zurückverwiesen worden. Er werde diesen Punkt das nächste Mal beantworten. Der Bgm. verweist darauf, dass in der Fragestunde nur kurze Fragen vorgesehen seien.

2.Vzbgm. Lang verliest einen Teil des angesprochenen Bescheides.

Der Bgm. sagt, die Oberbehörden müssen handeln. Im Wasserrecht sei die Gemeinde nicht 1. Instanz.

2.Vzbgm. Lang fragt, was nunmehr passiert.

Herr Boschak sagt, man warte, was die 1. Instanz macht.

Die Frage sei an den Bgm. gerichtet, so 2.Vzbgm. Lang. Wenn der Bgm. sagt, Herr Boschak soll die Frage beantworten, dann könne dieser sich zu Wort melden.

Der Bgm. sagt, es stehe ihm zu, die Frage das nächste Mal zu beantworten.

1. Frage – GR Zarfl sagt, ihm sei aufgefallen, dass der Wirtschaftshof die Mäharbeiten am Sportplatzgelände übernommen habe. GR Zarfl fragt, wozu man einen Bediensteten für das Sportplatzgebiet aufgenommen habe, der genau in seiner Dienstbeschreibung Mäharbeiten drinnen habe, wenn es jetzt der Wirtschaftshof macht.

- Dies werde das nächste Mal schriftlich beantwortet, so der Bgm. Er müsse selbst erst schauen, was gemacht wurde.

1. Frage – GR Mag. Marx fragt, ob die Lampen der öffentlichen Straßenbeleuchtung moderne LED-Lampen oder ältere Modelle seien. Hier könne man nämlich ca. 40 % an Kosten einsparen.

- Der Bgm. sagt, er werde dies in der nächsten GR-Sitzung beantworten, weil er nicht sagen könne, welche Lampen zurzeit verwendet werden. Man habe bisher zigmal getauscht. Es bestehe ein

Contracting-System mit der beauftragten Firma, die auch verpflichtet sei, schadhafte Lampen zu tauschen. Damit sei die Frage eigentlich auch schon beantwortet, so der Bgm.

1. Frage – GR Mag. Hirschmugl-Fuchs fragt, ob es im Zuge des Kindercamps für Mehrkindfamilien mit geringem Einkommen Fördermöglichkeiten gibt. Wenn ja, in welcher Höhe und wie muss die Förderungswürdigkeit nachgewiesen werden.

- GR Grinschl antwortet als Obmann des Kinder-Jugend-Sport-Schulausschusses und sagt, es gäbe prinzipiell keine ausgearbeitete Förderung. Bei Sozialfällen im Ort habe man die Teilnahme am Kindercamp aber kostenlos zur Verfügung gestellt.

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs fragt, wie die soziale Bedürftigkeit nachgewiesen werden müsse.

GR Grinschl sagt diese sei im Gemeindeamt durch Lohnzettel nachzuweisen.

Dies sei eine vertrauliche Sache und wurde in der Vergangenheit immer von Fall zu Fall geprüft und entsprechend behandelt, so der Bgm.

1. Frage – GR Paar sagt, die Kanzlerstraße sei neu asphaltiert und hergerichtet worden. Dies habe sie in den Unterlagen zum Straßenbauprogramm, auch im Vorjahresprogramm, nirgends gesehen.

- Das Straßenbauprogramm sei von Bmst. Ing. Joham zusammengestellt worden, so der Bgm. Im heurigen Straßenbauprogramm sei die Kanzlerstraße nicht mehr drinnen, weil sie bereits fertiggestellt wurde.

GR Paar sagt, für sie seien die Kosten interessant, da im 1.Nachtragsvoranschlag nicht bedeckte € 44.600,00 für den Straßenbau vorgesehen seien und die Kanzlerstraße weder im Ausbauprogramm für 2004 noch 2005 aufscheint. Dies verwundere sie.

Der Bgm. sagt, die Kanzlerstraße sei immer für die Sanierung vorgesehen gewesen. Man wisse auch warum – die ÖVP veranstalte dort das Seifenkistenrennen und man wollte, dass hier nichts passiert.

GR Paar sagt, man habe ja nichts gegen die Sanierung, wolle aber gerne die Sanierungskosten wissen. Diese stehen fest, sobald fertig abgerechnet wurde. Außerdem bestehe im Prüfungsausschuss die Möglichkeit zur Einsichtnahme.

2. Frage – GR Mag. Marx fragt, inwieweit und in welcher Höhe die Gemeinde Waren und Dienstleistungen von der BBG (Bundesbeschaffungs-GmbH) angefordert bzw. gekauft habe.

- AL Mag. Marat antwortet, dass keine Auftragsvergaben bzw. Beschaffungen über die BBG abgewickelt wurden.

2. Frage – 2.Vzbgm. Lang sagt, es liege ihm ein Schreiben einer Familie am Sportplatz vor. In diesem Schreiben werde an den Herrn Landeshauptmann eine Bitte gerichtet.

Das Schreiben des Herrn Landeshauptmannes bzw. seines Mitarbeiters liege auch vor.

Der Bgm. werde darin ersucht „auftragsgemäß zu den angeführten Sachverhaltsdarstellungen Stellung“ zu beziehen und wenn möglich „einen im Interesse dieser Familie berücksichtigten Lösungsvorschlag vorzulegen“, so 2.Vzbgm. Lang.

Seine Frage wäre nun, ob in dieser Geschichte etwas passiert sei, so 2.Vzbgm. Lang.

- Der Bgm. sagt, das Schreiben sei bereits unter Anführung von Fakten beantwortet worden.

2.Vzbgm. Lang fragt, ob diese Fakten auch dem Gemeinderat gebracht werden können.

- Bgm. Pignitter antwortet, dass die Fakten, die er dort korrekt weitergegeben habe, müsse er dem Gemeinderat nicht zur Kenntnis bringen und werde dies auch nicht tun.

2. VzbGm. Lang meint, dann lasse es der Bgm. bleiben, seine Frage sei gewesen, ob das Schreiben beantwortet wurde.

Der Bgm. bejaht dies; die Beantwortung sei sogar unter Einbeziehung von Fachleuten erfolgt.

2. Frage – GR Paar sagt, dass in den „Liebocher Nachrichten“ über Jahrzehnte Berichte aus den GR-Sitzungen veröffentlicht wurden. Bei den letzten LN sei dies nicht mehr der Fall gewesen.

Sie sei ein paar Mal darauf angesprochen worden, wobei auch gesagt wurde, die Zeitung sei wie eine „Seitenblicke-Revue“. Es sei keine Information aus den GR-Sitzungen drinnen.

Ihre Frage sei, warum dies nicht mehr veröffentlicht werde und ob es dafür einen Grund gibt oder ob man dies irgendwie leise abgeschafft habe oder darauf vergessen wurde.

- Der Bgm. sagt, in der Osterausgabe der LN sei dies sehr wohl drinnen gewesen. Die letzte, von GR Paar angesprochene Ausgabe, sei eine geraffte und auch im Kulturausschuss so beschlossene Informationsausgabe gewesen. Der Bericht von den GR-Sitzungen komme das nächste Mal (Herbstaussgabe) wieder hinein.

Ende der Fragestunde: 19.48 Uhr

#### • **Bericht des Bürgermeisters**

Der Bgm. sagt, in Anbetracht der vielen Tagesordnungspunkte werde er heute keinen Bericht bringen, zudem darüber hinaus nichts Wichtiges anstehe.

*Anm.: GR Werner Riegler kommt um 19.50 Uhr zur Sitzung.*

Im Anschluss stellt der Bgm. den Antrag, den TO-Punkt 9.: Ortsbildschutzplan; Beschlussfassung aufgrund nicht eingelangter Unterlagen abzusetzen.

Dadurch verschieben sich die nachfolgenden Punkte entsprechend.

Der Antrag wird einstimmig beschlossen.

Weiters stellt der Bgm. den Antrag um Erweiterung folgender Tagesordnungspunkte, wobei die Aufnahme der Punkte 18. und 19. (Anträge der Fraktion „Die Grünen Lieboch“) bereits in der letzten GR-Sitzung zugesagt wurde.

#### nicht öffentlich

17. Generalsanierung Clubgebäude (Sportverein SW Lieboch); Vergabe der ausgeschriebenen Leistungen: d.) Ausstattung Clubgebäude (Umkleiden)
18. Überprüfung der Machbarkeit und Bedarfserhebung einer Lehrlingsausbildung im Gemeindeamt Lieboch für die Lehrberufe Verwaltungsassistent/Verwaltungsassistentin bzw. Bürokaufmann/Bürokauffrau durch den Bürgermeister und den Amtsleiter (Antrag Fraktion „Die Grünen Lieboch“)
19. Kommunalaudit durch das Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft um mögliche Effizienzpotentiale in der Marktgemeinde Lieboch besser auszuschöpfen. Bisher wurden bereits 50 Gemeinden in Österreich verglichen. Ziel dieses Kommunalaudits ist mit Hilfe von Benchmark-Instrumenten eine Vergleichbarkeit zwischen Gemeinden herzustellen und damit mögliche Verbesserungen sichtbar zu machen (Antrag Fraktion „Die Grünen Lieboch“)

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen**.

GR Mag. Marx stellt den **Antrag**, die Tagesordnung um folgende 8 Punkte (Kurzfassung) zu erweitern, wobei jeder für sich detailliert erläutert wird.

1. kostenloses Badetaxi (1 Hinfahrt/1 Rückfahrt)
2. Passivbauweise für Neubauten der Gemeinde und der Infrastruktur KEG + Fotovoltaikanlagen
3. Unterstützung des Nachttaxis mit € 500,00
4. Streitbeilegungsverfahren am Sportplatz für einen ungestörten Betrieb in Zukunft
5. Gemeindezeitung als amtliche Mitteilung und Ressourcen schonend gedruckt
6. Fotovoltaik für Kinderkrippe und Kindergarten und Schule
7. Entschluss LA21-Gemeinde zu werden
8. Berichterstattung über Fortgang offener Beschlüsse

GR Paar stellt für die ÖVP-Fraktion den **Antrag**, dass bei den Ortstafeln von Lieboch überall ein Zusatzschild mit dem Wortlaut „*EU-Partnergemeinde Ilok/Kroatien*“ aufgestellt wird.

Der Bgm. ersucht den Gemeinderat, über den zuletzt gestellten Antrag der ÖVP abzustimmen. Man müsse noch über den rechtlichen Wortlaut des Zusatzschildes reden, so der Bgm.

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen** und der TO-Punkt als 20. gereiht.

Der Bgm. ersucht den Gemeinderat, über die Aufnahme der Erweiterungswünsche der Fraktion „Die Grünen Lieboch“ abzustimmen.

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen** und die oben angeführten TO-Punkt werden als 21. bis 28. gereiht.

Der Bgm. leitet im Anschluss zur Tagesordnung über.

### **Pkt. 1.: Flächenwidmungsplan-Revision 4.0; Entwurf zur Auflage (Grundsatzbeschluss)**

Die Flächenwidmungsplan-Revision 4.0 wurde bereits intensiv in diversen Bauausschuss-Sitzungen behandelt und somit die wesentliche Vorarbeit geleistet.

Um den gesamten Gemeinderat zu informieren, referiert Herr DI Gäbler vom Architekturbüro DI Dr. Heiner Hierzegger, Graz, im Anschluss über die wesentlichen Inhalte bzw. Änderungen gegenüber dem derzeit gültigen Flächenwidmungsplan 3.14.

Die Auflage des örtlichen Entwicklungskonzeptes wurde bereits vom Gemeinderat beschlossen und durchgeführt.

Der nächste Schritt wäre nunmehr die heutige Beschlussfassung und danach die achtwöchige Auflage des Entwurfes zur FLÄWI-Revision 4.0.

In dieser Zeit können wiederum allfällige Einwendungen von allen Bürgern und den diversen Dienststellen des Landes etc. dagegen eingebracht werden.

Daher handelt es sich heute nicht um die Beschlussfassung des Endstandes sondern um den Auflageentwurf, in dem etwaige Einwendungen einzuarbeiten sind.

Erst nach Ablauf der 8 Wochen kann die Endfassung – wiederum vom Gemeinderat – beschlossen werden.

Im Anschluss informiert Herr DI Gäbler den Gemeinderat umfassend (der Plan wird mittels Beamer an die Bildwand projiziert), wobei auch diverse Fragen beantwortet werden können.

Für die interne Beratung der Fraktionen wird vereinbart, jeder Fraktion eine CD mit der planlichen Darstellung des Auflageentwurfs zur Verfügung zu stellen.

*Anm.: GR Ing. Schelch kommt um 20.17 Uhr zur Sitzung.*

Der Bgm. bedankt sich bei Herrn DI Gäbler für seine Ausführungen und stellt den **Antrag**, der Gemeinderat möge den Entwurf zur Auflage betr. Flächenwidmungsplan-Revision 4.0 in der vorliegenden Form (Grundsatzbeschluss) beschließen.

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen**.

*Anm.: Herr DI Gäbler verlässt im Anschluss die Sitzung.*

**Pkt. 2.: Genehmigung und Unterfertigung der Sitzungsprotokolle vom 15.03.2006 (4-2006), 03.05.2006 und 22.05.2006**

Der Bgm. ersucht die Beschlussfassung des Sitzungsprotokolls vom 22.05.2006 abzusetzen, da das Protokoll urlaubsbedingt noch nicht fertig ist.

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen**.

Zum Protokoll vom 15.03.2006 (4-2006) erklärt der Bgm., dass seitens GR Mag. Hirschmugl-Fuchs (TO-Punkt 4.) und GR Scherz (TO-Punkt 14.b.) Zusätze gewünscht wurden, diese aber nicht im Gemeindeamt bekanntgegeben wurden.

Daher wurden die gewünschten Zusätze seitens des Protokollführers, Herr Schreiner, in Eigenregie in das Protokoll eingearbeitet und wurden den Fraktions- und Schriftführern bekannt gegeben.

GR Warzinger (Sprecherin der Schriftführer) stellt den **Antrag**, das Protokoll vom 15.03.2006 (4-2006) in der geänderten Form zu genehmigen.

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen**.

GR Warzinger (Sprecherin der Schriftführer) stellt den **Antrag**, das Protokoll vom 03.05.2006 in der vorliegenden Form (es wurden keine Zusätze bzw. Änderungen beantragt), zu genehmigen.

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen**.

**Pkt. 3.: 1. Nachtragsvoranschlag 2006**

Bgm. Pignitter berichtet, über die wesentlichen Schwerpunkte und Notwendigkeiten des 1.Nachtragsvoranschlages und bedankt sich bei Frau Gerl für die geleistete Arbeit.

Gegenüberstellung der Gesamtsummen:

		Voranschlag bisher	Nachtrag		Voranschlag NEU
			mehr um	weniger um	
<b>o.H.</b>	Einnahmen	5,029.600,00	156,100,00	0,00	5,185.700,00
	Ausgaben	5,029.600,00	156,100,00	0,00	5,185.700,00
	Überschuss	0,00	0,00	0,00	0,00
	Abgang	0,00	0,00	0,00	0,00
<b>a.o.H.</b>	Einnahmen	1,893.300,00	1,182.900,00	0,00	3,076.200,00
	Ausgaben	2,544.400,00	780.600,00	0,00	3,325.000,00
	Überschuss	0,00	402.300,00	0,00	0,00
	Abgang	651.100,00	0,00	0,00	248.800,00

Im Anschluss ersucht der Bgm. um Wortmeldungen bzw. Fragen zum 1. Nachtragsvoranschlag 2006. Sämtliche Anfragen von GR Paar bzw. GR Mag. Marx können beantwortet werden.

GR Zarfl meint, es könne nicht angehen, dass die Miete (TEML) unter der Höhe der Betriebskosten liege.

Nachfolgend findet eine Diskussion über die Vermietung des TEML statt, an der sich GR Zarfl, 1. Vzbgm. Lang, GR Mag. Marx, GR Grinschgl und der Bgm. beteiligen.

GR Zarfl sagt, alle Einnahmen seien zu optimistisch bewertet und es seien keine Einnahmen berücksichtigt, die dazu notwendig sind, um die überhöhten Kredite, die die KEG in Anspruch genommen hat, zu decken.

Die KEG habe außer den Zuführungen der Gemeinde keine Einnahmen. Diese würden nicht ausreichen, um die beabsichtigten Kredite zu decken. Damit sei der Nachtragsvoranschlag in der Form nicht zu beschließen.

Der Bgm. stellt den **Antrag**, den 1. Nachtragsvoranschlag 2006, der allen Fraktionen zeitgerecht zugestellt und zur Einsichtnahme öffentlich aufgelegt wurde, in der vorliegenden Form samt Dienstpostenplan und der aufzunehmenden Darlehen zu beschließen.

Für den Antrag des Bgm. stimmen

GK Blümel, 1. Vzbgm. FRITZ, GR Grinschgl, GR Horwath, GR Koren, GR Helene Marx, GR Posch-Zlöbl, GR Anna Riegler, GR Werner Riegler, GR Scherz, GR Warzinger (SPÖ).

Dagegen stimmen

GR Klingenberg, VM KONRAD, 2. Vzbgm. Lang, GR Paar, GR Ing. Schelch, GR Tengg, GR Wiesenhofer (ÖVP) und GR Zarfl (FPÖ).

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs und GR Mag. Thomas Marx (Die Grünen Lieboch) enthalten sich der Stimme (= Gegenstimme).

Der **Antrag** wird somit **beschlossen** (11 Dafürstimmen : 10 Gegenstimmen).

#### **Pkt. 4.: Nachmittagsbetreuung in der Volksschule Lieboch; Vertragsverlängerung mit ISOP GmbH**

Der Bgm. informiert, dass es sich um die Vereinbarung für die Nachmittagsbetreuung in der Volksschule Lieboch für das Schuljahr 2006/2007 zwischen der MG Lieboch als Auftraggeber und der ISOP – Innovative Sozialprojekte GmbH, Graz, als Auftragnehmer, handelt.

In Bezug auf NMB gibt es bereits andere Tendenzen und werde man für das Schuljahr 2007/2008 schauen müssen, ob es nicht eine andere Situation gibt. Da es hierbei aber noch keine konkreten Ansätze gibt, müsse man für das Schuljahr 2006/2007 die NMB in der Form sichern.

Der Finanzierungsplan sieht Ausgaben in der Höhe von € 43.526,21 (im Vorjahr: € 41.563,48) vor, wobei davon auszugehen sei, dass etwa 50 % durch Elternbeiträge an die Gemeinde zurückfließen werden.

Bgm. Pignitter stellt den **Antrag**, die Vereinbarung bzw. Vertragsverlängerung für das Schuljahr 2006/2007 in vorliegender Form zu beschließen.

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen**.

#### **Pkt. 5.: Kindergartenareal Lieboch, Verkehrserschließung; Verordnung über die Verbreiterung bzw. Verlängerung der „Josef-Mihalits-Straße“**

Der Bgm. erklärt, dass es sich hierbei um die verkehrsmäßige Erschließung des Areals des Kindergartens handelt, wobei einerseits die Verbreiterung und andererseits die Verlängerung der

„Josef-Mihalits-Straße“ mittels Verordnung AZ: 346-1/2006 (ist für alle Gemeinderäte zur Einsicht aufgelegt) zu beschließen wäre.

Der Ordnungsplan wird zur besseren Veranschaulichung mittels Beamer an die Bildwand projiziert (Gesamtfläche Wegverlängerung: 1570 m<sup>2</sup>).

Durch diese verkehrsmäßige Erschließung wäre die Verbindung zwischen der Josef-Mihalits-Straße und der Feldriegelstraße möglich.

Der Bgm. verliest den Ordnungstext (dieser ist auf den aktuellen Ordnungsplan zu aktualisieren) und stellt den **Antrag**, der Gemeinderat möge die Verordnung beschließen.

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen**.

### **Pkt. 6.: Bebauungsplan 9.02; 1.Änderung**

Der Bgm. erklärt, dass das von der MG Lieboch zugekaufte Grundstück außerhalb eines Bebauungsplanes liegt.

Für das Nachbargrundstück, welches sich ebenfalls im Besitz der MG Lieboch befindet, besteht allerdings ein Bebauungsplan mit Baugrenzlinie, die genau über den Verbindungsgang zwischen Kindergarten und Kinderkrippe besteht.

Die Überbauung einer Baugrenzlinie ist allerdings verboten. Um das Projekt Kinderkrippe umsetzen zu können, ist die 1. Änderung des Bebauungsplans 9.02 notwendig.

Der Bgm. erklärt die Änderung anhand des (für jeden Gemeinderat zur Einsicht aufgelegenen) Bebauungsplans (samt Erläuterungsbericht und Wortlaut), GZ 06/06/LIE/Beb.pl.09/01, Nussmüller Architekten ZT GmbH, Graz.

*Anm.: GR Mag. Marx verlässt den Sitzungssaal.*

Bgm. Pignitter bringt dem Gemeinderat zur Kenntnis, dass die Anhörungsfrist noch nicht abgelaufen ist.

Der Bgm. stellt den **Antrag**, der Gemeinderat möge die Änderung des Bebauungsplans, vorbehaltlich etwaiger Einwendungen (über diese wäre noch zu entscheiden) beschließen.

Darüber hinaus wäre die Bezeichnung des Tagesordnungspunkts wäre in „Bebauungsplan 9.02; 1. Änderung“ zu ändern.

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen** (ohne GR Mag. Marx).

### **Pkt. 7.: Verordnung; Halte- und Parkverbot; „Josef-Mihalits-Straße“**

Der Bgm. informiert, dass der Bereich der Zufahrt „Wippel“ entlang der „Josef-Mihalits-Straße“ immer wieder verparkt wird.

Die neue Parkplatzsituation beim Kindergarten werde hier zwar voraussichtlich eine Verbesserung bringen, trotzdem soll vom Gemeinderat eine Verordnung über ein beidseitiges „Halte- und Parkverbot erlassen werden.

*Anm.: GR Mag. Marx nimmt wieder an der Sitzung teil.*

Im dargestellten Bereich des Ordnungsplanes 03 vom 26.06.2006, welcher einen wesentlichen Bestandteil dieser Verordnung bildet, ist der Bereich (5 m vor und nach der Zufahrt „Wippel“, Josef-Mihalits-Straße 12) genau dargestellt.

Der Bgm. stellt den **Antrag**, der Gemeinderat möge die Verordnung beschließen.

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen**.

## **Pkt. 8.: Festsetzung der Gebühren**

### **a.) Kindergarten**

Der Bgm. sagt, es bestehe nicht die Absicht, die derzeitigen Kindergartengebühren zu verändern, es sei aber aufgrund der vermehrten Nachfrage der Wunsch aufgetaucht, neben den Kindergartengebühren für die Zeiten von 07.00 – 13.00 Uhr (€ 70,00) bzw. bis 17.00 Uhr (€ 115,00) auch eine Kindergartengebühr für die Zeit von 07.00 – 15.00 Uhr in der Höhe von € 90,00 festzulegen.

Der Bgm. stellt den **Antrag**, die Gebühr für die neue Kindergartenzeit von 07.00 – 15.00 Uhr mit € 90,00 festzulegen (Gebühren exklusive Mittagessen).

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen**.

*Anm.: GR Wiesenhofer verlässt den Sitzungssaal.*

### **b.) Kinderkrippe**

Der Bgm. erinnert, dass an die Eltern bereits ein Informationsschreiben betr. Kinderkrippe ergangen ist. Von der zuständigen Fachabteilung des Landes wurden der Gemeinde Richtsätze bekannt gegeben, wobei es sich nicht um Höchst- sondern Mindestsätze handelt.

Der Bgm. stellt den **Antrag**, die Gebühren für die Kinderkrippe wie folgt festzulegen:

Betreuungszeit 07.00 – 13.00 Uhr: € 120,00

07.00 – 15.00 Uhr: € 160,00

07.00 – 17.00 Uhr: € 200,00

(alle Gebühren exklusive Mittagessen)

Für den Antrag des Bgm. stimmen

GK Blümel, 1.Vzbgm. FRITZ, GR Grinschgl, GR Horwath, GR Koren, GR Helene Marx, GR Posch-Zlöbl, GR Anna Riegler, GR Werner Riegler, GR Scherz, GR Warzinger (SPÖ),

GR Klingenberg, VM KONRAD, 2.Vzbgm. Lang, GR Paar, GR Ing. Schelch, GR Tengg (ÖVP), GR Mag. Hirschmugl-Fuchs (Die Grünen Lieboch) und GR Zarfl (FPÖ).

GR Mag. Marx (Die Grünen Lieboch) enthält sich der Stimme (= Gegenstimme).

Der **Antrag** wird somit **beschlossen** (19 Dafürstimmen : 1 Gegenstimme).

GR Wiesenhofer war bei der Abstimmung nicht anwesend.

## **Pkt. 9.: Verordnung; Gastgärten-Öffnungszeiten**

Der Bgm. erklärt, dass ursprünglich die Überlegung angestellt wurde, die Gastgärten-Öffnungszeiten gebietsweise zu beschränken.

Da aber viele Ansuchen um Verlängerung der Gastgärten-Öffnungszeiten (alle Ansuchen bis 24.00 Uhr) über den ganzen Ort verteilt eingelangt sind (auf Anfrage von GR Mag. Hirschmugl-Fuchs verliert der Bgm. die einzelnen Antragsteller), habe dies wenig Sinn.

Es ist nunmehr beabsichtigt, quasi als Pilotversuch, die Gastgärten-Öffnungszeiten im Gemeindegebiet der Marktgemeinde Lieboch vom 21. Juli 2006 bis 31. Oktober 2006 von 08.00 bis 24.00 Uhr festzulegen.

Sollten vermehrt Anrainerbeschwerden eingehen, müsste man sich für die nächsten Jahre überlegen, die verlängerten Öffnungszeiten wieder zurückzunehmen, so der Bgm.

*Anm.: GR Wiesenhofer nimmt wieder an der Sitzung teil.*

Der Bgm. stellt den **Antrag**, der Gemeinderat möge die vorliegende Verordnung über die Verlängerung der Gastgärten-Öffnungszeiten beschließen.

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen**.

*Anm.: Die Zuhörer verlassen die Sitzung*

Es folgt eine Pause von 21.25 – 21.40 Uhr.

***Das Protokoll zu den vertraulichen und nicht öffentlichen Punkten liegt im Gemeindeamt während der Amtsstunden zur Einsichtnahme auf.***